In der Parteigerichtssache

W

g e g e n

CDU-Landesverband Hamburg

wegen Ausschlusses aus der CDU hat das Bundesparteigericht der CDU auf seiner Sitzung am 21. September 1993 in Bonn durch

Dr. Dr. h.c. Heinrich Barth (Vorsitzender)

Oberregierungsrat Dipl.-Ing. Bernhard Hellner (Beisitzer)

Präsident des Oberlandesgerichts a.D. Dr. Eberhard Kuthning (Beisitzer)

Richterin am Bundesgerichtshof Dr. Heidi Lambert-Lang (Beisitzer)

Vors. Richterin am Oberlandesgericht Dr. Pia Rumler-Detzel (Beisitzer)

nach Erörterung der Sach- und Rechtslage beschlossen:

1. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht wird eingestellt, nachdem der Antragsgegner mit Schreiben vom 26. April 1993 an den Parteivorsitzenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl MdB seinen Austritt aus der CDU erklärt und diesen Schritt zusätzlich in einer "Presseinformation für alle Medien" am gleichen Tage in Hamburg veröffentlicht hat. Mit dem Austritt aus der Partei entfällt die Grundlage für eine Entscheidung der Parteigerichte (§ 14 Abs. 1 Satz 1 Parteiengesetz). Wer austritt, kann daher nicht mehr Verfahrensbeteiligter gemäß § 16 Ziffer 1 PGO sein.
2. Das Verfahren vor dem Bundesparteigericht ist gebührenfrei; die außergerichtlichen Kosten und Auslagen sind von den Verfahrensbeteiligten jeweils selbst zu tragen (§ 43 Abs. 1 und 2 PGO).